

CDU Leverkusen – Postfach 10 03 06 – 51303 Leverkusen

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

KREISGESCHÄFTSSTELLE

Friedrich-Ebert-Straße 96
51373 Leverkusen
Telefon: 02 14 / 4 16 76
Fax: 02 14 / 402 401

info@cdu-leverkusen.de
www.cdu-leverkusen.de

Unser Zeichen: jdk / fsch

Leverkusen, 14. April 2020

Offener Brief „PWC-Anlage“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit grundsätzlich wohlwollender Überraschung haben wir Ihren Brief vom 19.03.2020 an Herrn Minister Scheuer zur Kenntnis genommen.

Dieser wurde nach Ihren Angaben von Ihnen am 03.04.2020 Herrn Bundesverkehrsminister Scheuer (und parallel NRW-Landesverkehrsminister Wüst) sowie der Stadtverwaltung und der Politik übermittelt. Ebenfalls haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Brief knapp 40 Minuten nach Übersendung an die städtische Politik und Presse bereits auf ihrer privaten Wahlkampfseite in den sozialen Medien erschien.

Wir freuen uns darüber, dass Sie weiterhin gemeinsam mit der CDU und allen im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Listen auf einer Linie gegen die PWC-Anlage in Leverkusen kämpfen wollen.

Allerdings irritieren uns die Datierungen Ihrer Schreiben.

In Ihrem Schreiben vom 03.04.2020 führen Sie aus:

„... ohne jegliche Kommunikation seitens des zuständigen Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit den betroffenen Standortkommunen Burscheid und Leverkusen hat die DEGES am 02.04.20 auf Ihrer Homepage die Entscheidung des BMVI zu den PWC-Anlagen Bergisches Land Ost und West veröffentlicht.“

Allerdings schreiben Sie in Ihrem Brief vom 19.03.2020 an Herrn Minister Scheuer, dass Sie *„mit größter Verwunderung und eher zufällig über die Homepage der DEGES erfahren“* haben, dass die Standortentscheidung gefallen ist.

Wie konnten Sie das seinerzeit - also bereits 2 Wochen zuvor - schon (angeblich) der DEGES-Webseite entnommen haben, wo Sie sich doch in Ihrem Schreiben am 03.04. auf eine Veröffentlichung auf der DEGES-Webseite – für Sie angeblich völlig überraschend - erst am 02.04.2020 berufen?

Es besteht also die begründete Annahme, dass Ihnen die Entscheidung womöglich schon weit vor der Veröffentlichung bei DEGES im Internet bekannt war.

Unsere Annahme sehen wir durch einen Artikel des Leverkusener Anzeigers gestützt. Darin heißt es, dass das Landesverkehrsministerium NRW die Burscheider Bürgerinitiative bereits Mitte März zu einem Gespräch eingeladen hatte. Diese wurde angeblich im Gespräch darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Entscheidung für den Standort Leverkusen/Burscheid bereits gefallen ist. Darüber hinaus hat die Bürgerinitiative „Lev kontra Raststätte“ auf Ihrer Homepage ein Dokument veröffentlicht, welches nahelegt, dass das Landesverkehrsministerium Ende März bereits offiziell über die Entscheidung informiert wurde.

Sollte Ihnen die Entscheidung schon Mitte März bekannt gewesen sein, so bitten wir Sie um Aufklärung, warum von Ihnen weder die Funktionsträger in Rat und Bezirk noch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt unmittelbar und dringlich informiert wurden.

Darüber hinaus darf auch folgende Frage gestellt werden: Wie ehrlich erscheint Ihre „massive Verärgerung“ und Ihre „Fassungslosigkeit“ über die Informationspolitik von Bund und Land und Ihr massiver Vorwurf eines „zweifelhaften und nicht wirklich ausgebildeten Demokratieverständnisses“ gegenüber einem „Vertreter des Bundes“, wenn Sie dieses und mehr bereits am 19.03. in einem Brief „konservierten“ und bis Anfang April offenbar zu passender Gelegenheit „auf Wiedervorlage“ zurücklegten.


Abschließend möchten wir deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir ebenso wie alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sehr verärgert sind über diese auch nach unserer Meinung falsche Entscheidung des Bundesministeriums. Allerdings halten wir die Diktion Ihres Briefes an den Bundesverkehrsminister für unangemessen und insbesondere für taktisch unklug und für unsere Stadt keineswegs förderlich.

Probleme löst man erfolgreich grundsätzlich in direkten Dialogen. Und hier sehen wir auch jetzt noch die Möglichkeiten für Leverkusen keineswegs für ausgeschöpft. Es bedarf unserer aller Anstrengungen - über alle Parteigrenzen hinweg -, einen harten gleichzeitig, aber auch diplomatischen Weg zu gehen, die Unangemessenheit der Entscheidung deutlich zu machen und weiterhin Gelegenheit zu geben, diese zu revidieren.

Mit freundlichen Grüßen


Frank Schönberger
(CDU Kreisvorsitzender)


Rüdiger Scholz MdL
(stellv. CDU Kreisvorsitzender)


Stefan Heibel
(Fraktionsvorsitzender)


Bernhard Marewski
(Bürgermeister)